

# Mangel an Hausärzten droht

Zahl der Älteren mit höherem Medizinbedarf steigt, doch viele Ärzte gehen bald in Rente. Analyse alarmiert Stadtpolitik. Werbung für Gesundheitsstandort soll Jungmediziner anlocken

Von Peter Szymaniak

Stadtverwaltung und Ratspolitik sehen zunehmend die Gefahr, dass Oberhausen künftig zu wenig Hausärzte hat, um die Grundversorgung der steigenden Zahl an älteren Patienten sicherzustellen.

Denn das Durchschnittsalter der Hausärzte in der Stadt ist das höchste in ganz Nordrhein; insgesamt hat Oberhausen im Landesvergleich die älteste niedergelassene Ärzteschaft. Mit anderen Worten: In den nächsten Jahren werden besonders viele Praxenärzte in den Ruhestand gehen, zugleich nimmt die Zahl der älteren Oberhausener über 65 Jahren nach Prognosen der Bevölkerungsentwicklung deutlich zu. In Oberhausen leben derzeit knapp 46.000 über 65-Jährige (Ende 2018), in zwölf Jahren werden es über 50.000 sein – ein Plus von über neun Prozent. Dadurch steigt der Grundbedarf an hausärztlicher Versorgung.

## Praxen im Stadtgebiet gleichmäßig verteilt?

„Das ist für alle eine große Herausforderung. Wir müssen sicherstellen, dass jede Praxis einen Nachfolger bekommt, wenn der Inhaber in Rente geht“, formuliert Gesundheitsdezernentin Sabine Lauxen vor den Ratspolitikern das Ziel. Zudem wolle man darauf achten, dass die Praxen im Stadtgebiet gleichmäßig verteilt sind, damit keine Defizite an ärztlicher Versorgung in einzelnen Stadträumen entstehen. Lauxen hofft dabei auf eine kleinräumige Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung. „Es kann nicht sein, dass jeder Arzt sich dort ansiedelt, wo er will.“ Die Sorge: Im eher gut



Sind die Hausarztpraxen in Oberhausen in Gefahr?

FOTO: JAKOB STUDDNER

situierter Stadtnorden mit potenziell mehr lukrativen Privatpatienten drängen sich Ärzte, im sozial problematischeren Süden mit vielen armen Bewohnern rund um die Innenstadt fehlen Praxen.

Anlass der Äußerung von Lauxen war die Beantwortung einer Großen Anfrage der SPD-Ratsfraktion mit 37 Detailfragen zur „Gesundheitsversorgung Oberhausen“, die die Ratshausexperten auf 35 Seiten beantworteten. Darin beteuern die Fachleuten allerdings auch, dass es derzeit keine Versorgungslücken im ambulanten und stationären Medizinbereich gibt. Dies bewertet der SPD-Sozialpolitiker Ercan Telli aufgrund von Gesprächen mit Betroffenen anders: „Die psychiatrische Versorgung im Stadtgebiet ist schlecht

verteilt – es kommt zu unerträglich langen Wartezeit.“ BOB-Ratsherr Peter Bruckhoff spricht von bis zu zwei Jahren an Wartezeit.

Über Wartezeiten berichten auch Patienten, die den ärztlichen Notfalldienst am Wochenende oder abends aufsuchen. Denn seit 2010 zog nach Angaben der Oberhausener Kassenärzte die Nutzung des Erwachsenen-Notfalldienstes sprunghaft um über 170 Prozent an – sie hat sich also fast verdreifacht. Ein Grund: Die frühere Kassengebühr von zehn Euro fiel weg.

Um erst gar keinen Praxen-Mangel entstehen zu lassen, hat die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein einen Ausbildungsverbund für angehende Mediziner in Oberhausen gegründet – mit drei Praxen und einer Klinik. So will man Jungärzte für Oberhausen begeistern. Außerdem will die Stadt bei Ärzten für den Gesundheitsstandort Oberhausen werben – wie genau, führt sie allerdings nicht aus.

## Wer arm ist, stirbt früher

Was viele Politiker im Rat besorgt, formuliert SPD-Sozialexperte Ercan Telli: „Wer arm ist, stirbt früher.“ Bereits vor dem 65. Lebensjahr sterben 27 Prozent der Männer (13 Prozent Frauen) aus der niedrigsten Einkommensgruppe. Bei den Gutverdienenden sind es nur 14 Prozent der Männer (acht Prozent der Frauen). Linken-Ratsherr Martin Goeke stimmt

zwar der These zu, dass das Gesundheitssystem tendenziell für alle offen steht, diagnostiziert aber gleichwohl eine Zwei-Klassen-Medizin: „Unser Gesundheitssystem ist gekennzeichnet von Zuzahlungen und Zuschüssen für Brillen, Zahnersatz, Arzneien, Klinikleistungen und Physiotherapie.“



„Es kann nicht sein, dass jeder Arzt sich dort ansiedelt, wo er will.“

Sabine Lauxen, Gesundheitsdezernentin, hofft auf kleinräumige Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung

Arme sterben eher – wie man dieses schwerwiegende und schwierig zu lösende Problem bewältigen kann, blieb im Rat und in der Stadtverwaltung unklar. Grünen-Fraktionschef Andreas Blanke will mehr gesundes Essen in Kitas wie Schulen sowie niedrigschwelligere Vorsorgeangebote. Die Kassenärztliche Vereinigung empfiehlt intensivere Beratung der Armen: Mehr Bewegung, weniger Übergewicht, Verringerung von Nikotin- und Alkoholkonsum. Die Linken wollen Präventionskurse kostenlos anbieten.

## Sorge um Klinikversorgung

■ Die Insolvenz des **Katholischen Klinikums Oberhausen (KKO)** besorgt die Stadtpolitiker. Über das Ausmaß der Finanzkrise fühlen sie sich anfangs nicht informiert. „Wir wurden überrascht und kalt erwischt“, sagte SPD-Sozialpolitiker Ercan Telli.

■ Dass mit dem St.-Josef-Hospital ein ganzes KKO-Krankenhaus schließen muss, bringt neue Probleme in Alt-Oberhausen mit sich.

„Die **Psychiatrie** wird aus Alt-Oberhausen abgezogen und nach Osterfeld verlagert. So verlieren Einrichtungen rund um das St.-Josef-Hospital ihren Anker“, meint Gesundheitsdezernentin Sabine Lauxen.

■ BOB-Ratsherr Peter Bruckhoff fordert, dass **die 240 Mitarbeiter**, die das KKO abbauen wird, von umliegenden Kliniken und Praxen eingestellt werden.